

## **Antworten der ÖVP**

### **Gesundheit & Pflege**

#### **Kindergesundheit**

Während die Bevölkerungszahl in Wien steigt, sinkt die Zahl der Kinderarztpraxen mit einem Kassenvertrag. Schon jetzt kommt es zu langen Wartezeiten für einen Termin oder Eltern müssen auf Wahlärzte mit einer entsprechenden finanziellen Belastung ausweichen.

Wir fordern die Sicherstellung einer Basisversorgung mit ausreichend Kinderarztpraxen mit Kassenvertrag.

*Wie stellen Sie diese Versorgung in den nächsten 5 Jahren sicher?*

Im Wiener Gesundheitssystem gibt es zahlreiche Baustellen und eines der größten Probleme sind lange Wartezeiten - sowohl in der niedergelassenen Versorgung, aber etwa bei Wartezeiten auf Operationen und Behandlungen im stationären Bereich.

Seit 2010 ist die Zahl der Kinderärzte als Wahlärzte um mehr als 70 Prozent gestiegen, die Zahl der Kinderärzte mit Kassenvertrag hingegen gesunken. Gleichzeitig ist die Wiener Bevölkerung um rund 12 Prozent angewachsen. Natürlich erwarten wir uns hier vom Gesundheitsstadtrat dieser Stadt, aktiv und rasch diese Zustände zu verbessern.

Neben einer grundsätzlichen Attraktivierung des Berufsbildes mit weniger Bürokratie und einer besseren Entlohnung für Kinderärzte braucht es auch eine Aufstockung der Kassenarztstellen für Kinderärzte. Weiters müssen die angekündigten PVE (Primärversorgungszentren) rasch umgesetzt werden und dabei Schwerpunkte in der Kindermedizin gelegt werden.

#### **Pflege**

Die Pflege von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bzw. älteren Familienmitgliedern führt häufig zu finanziellen Engpässen und zu einer Lücke in den Pensionszeiten. Hinzu kommt, dass diese Form der Pflege meist langfristig ist und der Pflegeaufwand im Laufe der Zeit steigt.

In Anlehnung an das burgenländische Pflegekonzept fordern wir eine finanzielle und pensionsrechtliche Absicherung der pflegenden Person. Diese soll – je nach Höhe der Pflegestufe – ein gestaffeltes Gehalt mit Sozialversicherungsbeiträgen beziehen. Die pflegebedürftige Person soll dabei einen Teil der Pension und des Pflegegeldes hierfür aufwenden. Der restliche Betrag soll von der Stadt Wien übernommen werden.

*Wie stehen Sie zu dieser Forderung bzw. welche alternativen Lösungsvorschläge gibt es von Ihrer Seite?*

Dieses Modell wird sehr genau beobachtet. Eine umfassende und gesamtheitliche Pflegereform ist bereits im Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung vorgesehen. Generell soll die Pflege daheim vor einer stationären Pflege gefördert werden.

Gleichzeitig ist eine Unterstützung für pflegende Angehörige maßgeblich. Dies umfasst einen Pflege-daheim-Bonus, Beratung zu Pflege zuhause, einen pflegefreien Tag, spezielle Unterstützung von Young Carers, Bewusstseinsbildung für Vereinbarkeit mit Beruf, die Unterstützung von Community Nurses sowie die Ausweitung der Selbst- und Weiterversicherung.

## **Betreuung & Schule**

Die institutionelle Kinderbetreuung ist aus dem familiären Alltag nicht mehr wegzudenken und unterstützt Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher ist es umso wichtiger, dass diese Betreuung an den Bedürfnissen der Kinder und Familien ausgerichtet ist, Kinder altersgerecht fördert und flexibel auf die Anforderungen der Familie reagiert.

Wir fordern eine umfassende Reformierung der institutionellen Kinderbetreuung auf verschiedenen Ebenen:

- Verbesserter Betreuungsschlüssel; mehr ausgebildete PädagogInnen pro Gruppe sowie kleinere Gruppen – je jünger die Kinder desto mehr Personal und desto kleiner die Gruppen
- Sprachliche Durchmischung von Gruppen bzw. Klassen jedoch Umgangssprache Deutsch
- Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene Kinder, die es benötigen
- Ausbau und Förderung der Tagesmütter/-väter als familienähnliche Struktur in der Kleinkindbetreuung

*Wie sehen Ihre Pläne für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Schulalter aus?*

Uns ist Qualität vor Quantität in der Kinderbetreuung ein wesentliches Anliegen. Dazu muss der Betreuungsschlüssel gesenkt werden. Ein Pädagoge für bis zu 25 Kinder in Wiens Kindergärten ist definitiv zu wenig. Wir fordern, dass der Betreuungsschlüssel stufenweise auf 1:15 gesenkt wird. Dazu braucht es eine massive Attraktivierung des Kindergartenberufes. Der Mangel an Kindergartenpädagogen kommt schließlich nicht von ungefähr. Neben der Bezahlung spielen das Berufsbild und das Berufsumfeld eine große Rolle. Während etwa Lehrerinnen und Lehrer 20 Stunden Vorbereitungszeit gewährt wird, wird Kindergartenpädagogen nur eine Vorbereitungszeit von fünf Stunden eingeräumt. Dazu kommt, dass es kaum Entlastung durch Unterstützungspersonal gibt. Wichtig ist uns auch eine Wiedezulassung von externen Angeboten in den Kindergärten. Diese wurden auf Druck der Stadt Wien sukzessive reduziert und sollen nun ganz fallen. Das ist inakzeptabel für uns! Viele beliebte Sport-, Tanz-, Musik- und Sprachkurse fallen damit weg und werden nicht mehr angeboten. Angebot, die der normale pädagogische Alltag im Kindergarten nicht bieten kann und für eine qualitative Aufwertung sorgen würde. Hinzu kommt, dass zahlreiche Kursanbieter damit vor dem finanziellen Ruin stehen und wertvolles Know-How dadurch verloren geht.

Darüber hinaus braucht es auch Kostentransparenz. Vergleicht man die Förderungen für städtische und private Einrichtungen, ergibt sich dabei ein deutliches Missverhältnis zulasten der privaten Einrichtungen. Um gute qualitative Arbeit leisten zu können, fordern wir gleiche Förderungen – für die städtischen und für die privaten Kindergärten.

*Welche der von uns genannten Forderungen können in den nächsten 5 Jahren umgesetzt werden?*

Das hängt davon ab, wie stark die neue Volkspartei Wien im nächsten Gemeinderat vertreten und wie viel türkise Politik möglich ist. Mit einer starken Volkspartei und einem guten Ergebnis am 11. Oktober, kann es gelingen, tatsächlich endlich wieder Qualität in den Fokus der Kinderbetreuung zu stellen.

Bei der schulischen Nachmittagsbetreuung fordern wir flächendeckend eine Wahlfreiheit für unterschiedliche Betreuungsformen sowie Kostenfreiheit bis 15:30 Uhr. Die Wahl der schulischen Nachmittagsbetreuung darf weder vom Einkommen der Eltern noch vom Wohnort abhängen. Im Falle einer Änderung der Betreuungsform an einer Schule muss es für Eltern möglich sein, mitzubestimmen. Alle Formen der schulischen Nachmittagsbetreuung (Hort, offene VS, verschränkte VS) müssen über die notwendigen Mittel verfügen, um Schulkinder entsprechend zu betreuen und zu fördern.

*Wie stellen Sie in den kommenden Jahren eine Kostengerechtigkeit für alle Familien sicher?*

Für uns ist nicht nachvollziehbar, wieso ab Herbst dieses Jahres nur die verschränkte Ganztagschule kostenfrei sein wird und alle anderen Eltern die Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder weiter selbst finanzieren müssen. Das ist nicht gerecht! Wir fordern hier von der Stadtregierung Gerechtigkeit ein.

*Wie werden künftig Eltern bei diesen Entscheidungen miteinbezogen?*

Die Entscheidung über die jeweilige Form der Nachmittagsbetreuung soll eine Entscheidung des Schulforums sein und nicht der Wiener Landesregierung. Das fordern wir seit vielen Jahren.

*Wie wird die Qualität der Betreuung und Förderung von Schulkindern sichergestellt?*

Auch hier bedarf es einiger Reformen – gibt es doch aktuell zahlreiche Beschwerden über die Qualität der Nachmittagsbetreuung. Insbesondere würden wir bei der Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen ansetzen und verstärkt darauf achten, dass diese ausreichend gut Deutsch sprechen. Weiters wollen wir einen Schwerpunkt auf musikalische Zusatzprogramme aber auch auf die Zusammenarbeit mit Sportvereinen setzen, um mehr Qualität und Anspruch in die Nachmittagsbetreuung zu bringen.

### **Wertschätzende Familienpolitik**

Das politische Klima ist in letzter Zeit sehr rau geworden. Politische Inhalte treten rasch in den Hintergrund und gemeinsame Anliegen bleiben auf der Strecke. Im Sinne der Familien wünschen wir uns ein „Miteinander“ statt einem „Gegeneinander“.

*Welche familienpolitischen Maßnahmen und Forderungen anderer Parteien finden Sie unterstützenswert?*

Viele unserer jahrelangen Forderungen wurden mittlerweile auch von anderen Parteien übernommen, etwa die Forderung nach einem Schulsozialarbeiter pro Schulstandort. Insofern finden sich hier durchaus auch Überschneidungen mit anderen Parteien.

### **Sonntagsöffnung**

Die Sonntagsöffnung im Handel ist seit Jahren ein Thema. Auch wenn in einem ersten Schritt „nur“ in Tourismuszonen die Sonntagsöffnung angedacht ist, fürchten wir eine Ausweitung auf Einkaufszentren und weitere Einkaufsstraßen. Gemeinsames Familienleben und Erholung bleiben auf der Strecke.

Wir fordern eine Beibehaltung der Sonntagsruhe im Handel.

*Wie stellen Sie sicher, dass in Zukunft die Geschäfte am Sonntag geschlossen bleiben?*

Ein arbeitsfreier Sonntag ist für viele Menschen in unserem Land schon lange keine Realität mehr. Knapp eine Million der erwerbstätigen Österreicherinnen und Österreicher arbeitet gelegentlich oder regelmäßig auch am Sonntag. Ob Ärzte, Spitals- und Pflegepersonal, Polizisten, Verkehrsbedienstete oder die vielen Menschen in der Gastronomie und im Tourismus. Viele Annehmlichkeiten, die wir alle am Sonntag in der Freizeit nutzen, wären ohne Menschen, die am Sonntag arbeiten, nicht möglich. Selbst der Domshop im Stephansdom ist am Sonntag geöffnet und für viele Touristen eine Selbstverständlichkeit. Nichts anderes wünschen wir uns auch für die vielen wundervollen Geschäfte in Wien, die besonders von Touristen frequentiert werden: Wir plädieren daher für die Einrichtung von definierten Tourismuszonen, um Wiens Tourismuswirtschaft gerade nach der Corona-Krise wieder zu stärken.